

# Unter dem Regime des Lärmterrors

„Letzte Generation“: „Klimaprotest am Flughafen“, FR-Region vom 26. Juli

## Wählen hilft offenbar nicht gegen Lobbyismus

Recht haben sie! Denn wie sollen sie sich anders Gehör verschaffen, wenn Politiker und Medien willig dem Irrsinn eines Flughafenausbaus zuarbeiten, der mit Prognosen durchgeboxt wurde, die damals schon als getürkt erkennbar waren? Seit 13 Jahren gibt es die neue Nordwestlandebahn, und an keinem einzigen Tag wurde die Anzahl an Flügen erreicht, mit denen Fraport deren Notwendigkeit begründet hatten. Aber seit 13 Jahren werden zusätzlich und völlig unnötig hunderttausende Menschen im Rhein-Main-Gebiet mit Fluglärm beschallt und krank gemacht. Anstatt dies anzuprangern, erhält der verantwortliche Ex-Flughafenchef Beder vom hessischen Ministerpräsidenten das Bundesverdienstkreuz. Und die Mainstream-Medien machen sich zum Büttel des Flughafenbetreibers und der Luftverkehrsindustrie.

Gerade hat die EU Deutschland beschuldigt, sich nicht genügend gegen Lobbyismus zu stellen. Also: Was bleibt der „Letzten Generation“ anderes übrig, wenn Wählen nichts gegen die geballte Macht der Lobbyisten und deren Helfer in Politik, Medien und der dadurch desinformierten Gesellschaft ausrichten kann? Ich bewundere den Mut dieser Menschen, sich für unsere Zukunft auf diesem Weg einzusetzen.

Friedhilde Scholl, Frankfurt

## Hohe Haftstrafen sind längst möglich

Aktionismus pur und heiß gerührte Luft bestimmen die Diskussion um die Verschärfung des Luftsicherheitsgesetzes. Wozu, wenn schon heute der Rechtsstaat mit maximaler Härte reagieren kann? Im Gegensatz zur ahnungslosen „Politprominenz“ haben Gerichte bereits den vorhandenen § 315 StGB,

Gefährlicher Eingriff in den Luftverkehr, angewendet und hohe Haftstrafen verhängt.

Robert Siedler, Frankfurt

## Der Luxus für Wenige wird ein Problem für alle

Anlässlich der Artikel zur Blockade des Flughafens Frankfurt möchte ich mich zu Wort melden: Georg Leppert meint, die Aktionen seien nicht hilfreich. Wenn das so ist, welche Aktivitäten wären denn hilfreich? Haben wir noch Zeit für langwierige Prozesse, wenn schon jetzt die Regierung versucht, die Gebote unserer Verfassung und klare Gerichtsurteile zu umgehen?

Bereits vor Jahrzehnten gab es eine wirklich große Bewegung gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Ganz überwiegend mit friedlichen Mitteln, bis es am Ende leider eskalierte. Mit welchem Erfolg eigentlich?

Ich wohne schon lange unter dem Regime des Lärmterrors, der vom Flughafen FRA ausgeht. Ist das etwa keine gewalttätige Einwirkung auf Körper und Psyche der Anlieger? Jedem ist die Information zugänglich, dass der Fluglärm zu deutlichen Beeinträchtigungen der Gesundheit führt. Wohl dem, der es zumindest wahrnimmt. Obendrein die Tatsache, dass der Luxus eines kleinen Teils der Menschheit uns alle weiter in die Klimakatastrophe treibt. Und da erdreisten sich einige vom Populismus Befallene, mit ihrem Sprechdurchfall über Strafverschärfung zu schwafeln. Und dazu, von Dummheit zu sprechen. Wer ist denn dumm? Derjenige der das Problem sieht und zumindest zu handeln versucht? Oder derjenige, der die Augen fest schließt, weil dann ja nichts passiert? Wir müssten uns nicht wundern, wenn verzweifelte Menschen angesichts der Dimension der Bedrohung zu massiver Gewalt greifen würden?

Ich zumindest danke den Mutigen für den Versuch, uns

Lemminge aufzuhalten, die blind und taub in Richtung Abgrund tanzen. Wenigstens für ein paar Stunden war es hier ruhiger.

Hagen Krämer, Mühlheim am Main

## Schleichende Zerstörung wird hingegenommen

Nach der Protestaktion am Frankfurter Flughafen war der Aufschrei so groß wie die Heuchelei. Den KlimaaktivistInnen ginge es einzig darum, möglichst großen Schaden anzurichten, sie würden das Leben vieler Menschen gefährden. Sind nicht die Schäden, die eine Verweigerung von konsequenter Klima- und Umweltschutzpolitik verursachen, deutlich größer? Die aktuelle hessische Landesregierung unter Ministerpräsident Rhein ist ein Beispiel: Sie dreht das Rad wieder zurück (Autobahnausbau, Waldschutz). Gefährdet das nicht mehr Menschenleben? Weshalb sollten sich die KlimaaktivistInnen für die Kritik aus Politik, Wirtschaft, von gewissen Medien interessieren? Die Gegenseite interessiert sich doch auch nicht für die Kritik der KlimaschützerInnen.

Außerdem wird kritisiert, die Blockade-Aktionen würden dem Klimaschutz eher schaden, einen sinnvollen Dialog darüber stören. Seit Jahren, Jahrzehnten wird geforscht, informiert, diskutiert, gewarnt – und um den Umwelt- und Klimaschutz steht es zunehmend schlechter!

Die Aktiven der „Fridays for Future“-Bewegung konnten noch an die Schulen zurückgeschickt werden, bei denen der „Letzten Generation“ greift das nicht mehr, die müssen deshalb kriminalisiert, mit härteren Strafen bedroht werden. Was ist das Festkleben auf Straßen, Rollbahnen von Flughäfen gegenüber der schleichenden und hingegenommenen Zerstörung unserer natürlichen Existenzgrundlagen?

Otto Gebhardt, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/klimaprotest



## BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

### Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

### Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

## ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: [frblog.de/f20240731](http://frblog.de/f20240731)

# Nichts falsch verstanden

Keine Hilfe für Kinder aus Gaza: „Angst vor Kriegsopfern“, FR-Politik vom 24.7.

Deutschland trägt durch die Waffenlieferungen an Israel eine Mitverantwortung für das Massaker im Gazastreifen und weigert sich, medizinische Hilfe für verletzte Kinder zu leisten. Ich dachte beim Lesen des Artikels erst, ich hätte etwas falsch verstanden. Aber nein. Deutschland verhindert die Behandlung von im Gazastreifen schwer verletzten Kindern in Deutschland.

Die Kosten für den Transport und die Behandlung werden von einer NGO bzw. den Krankenhäusern übernommen. Aber die Bundesregierung verweigert die Einreise einer von den Ärzten geforderten Begleitperson. Die Begründung für die Verweigerung ist neben „Sicherheitsbedenken“, dass man befürchtet, dass die einreisenden Begleitpersonen später Familiennachzug beantragen könnten. Das BMI mit Ministerin Faeser taucht ab und gibt der FR keine Auskunft zu dem „Vorfall“.

Als Bürger dieser Republik kann ich mich nur noch schämen und für das Verhalten „unserer“ Regierung entschuldigen. Insgesamt ist die Israelpolitik der Bundesrepublik für mich nicht mehr nachvollziehbar und bewegt sich jenseits aller moralischen und menschenrechtlichen Kriterien. Dass Deutschland nach wie vor einem Kriegstreiber wie Netanjahu, gegen den die Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs einen Haftbefehl beantragt hat, weiterhin die Stange hält, ist nicht nachvollziehbar. In das Bild passt, dass Netanjahu Donald Trump hofiert, den er sich als nächsten Präsidenten der USA wünscht. Die rechten Extremisten dieser Welt suchen und unterstützen sich gegenseitig.

Dieter Murmann, Dietzenbach

# Schlechteste Reaktion

Erwiderung auf „Es fehlt vor allem an Respekt“, FR-Forum vom 26. Juli

Leser Reinhard Matthias schreibt: „Die Treuhandanstalt war ein Jobkiller. Viele Ostdeutsche verloren ihren Arbeitsplatz. Zahlreiche Menschen wurden von windigen Investoren über den Tisch gezogen. Und, es mangelte von Anfang an Respekt vor der (Lebens-) Leistung der ehemaligen DDR Bürger.“ Hier stimme ich ihm uneingeschränkt zu. Doch sollte man auch viele gravierende positive Errungenschaften beachten. Zum Beispiel freie Wahlen, Reisefreiheit, Redefreiheit.

Ich habe viele Jahre Soli gezahlt, und ich habe es gern getan. Ich erwarte keine Dankbarkeit, aber eine gewisse Anerkennung (Respekt ...) der positiven Dinge sollte schon sein. Aus Protest AfD zu wählen ist jedenfalls die schlechteste Reaktion!

Ulrich Altmann, Friedrichsdorf

# Mehr Waffen führen nie zu mehr Frieden

Nato-Gipfel: „Alarmbereitschaft und Abschreckung“, FR-Tagesthema vom 12. Juli

Das hatten wir doch alles schon mal: Nato-Doppelbeschluss. Legitimiert wurde die Aufstellung neuer atomarer Raketen und Marschflugkörper mit Pershing II und BGM-109-Tomahawk in Westeuropa als unabwendbare Reaktion auf die sowjetische Aufrüstung. Das strategische Gleichgewicht sollte wieder hergestellt werden. Die Entspannungsphase um mehr Frieden in der Welt war beendet. Heute übersteigen die Rüstungsausgaben der Nato jene Russlands um knapp das Dreizehnfache. Laut Stockholms Friedensforschungsinstitut Sipri vom 22.4.: Fast 1,3 Billionen US-Dollar für die Nato stehen circa 110 Milliarden Dollar für Russland gegenüber. Die jüngste Entscheidung des Nato-Gipfels, weiter aufzurüsten und in Deutschland neue Marsch-

flugkörper mit Reichweite bis Moskau zu installieren, wird mit der gleichen Begründung wie damals, also wieder zur Abschreckung Russlands, gerechtfertigt.

Ende der 70er Jahre gingen wir über politische, gesellschaftliche und konfessionelle Grenzen hinweg zu Hunderttausenden auf die Straße und protestierten gegen die atomare Aufrüstung. Die CDU/FDP Regierung bestätigte dennoch die Stationierung. Nun werden wohl die Sozialdemokraten der kürzlich beschlossenen Stationierung zustimmen.

Das ist nicht mein Weg. Es ist eine Katastrophe, dass wir wieder in einen kalten Krieg hineinschliddern. Wegen der Friedenspolitik Willi Brandts bin ich in die SPD eingetreten. Meine Generation ist die erste, die im Frieden groß geworden ist. Un-

sere Kinder und Enkelkinder sollen dazugehören und im Frieden groß werden dürfen. Noch nie in der Menschheitsgeschichte haben mehr Waffen zu mehr Frieden geführt. Ja, es ist angesichts der zunehmenden autoritären Regierungen vielleicht nötig, Deutschland wieder verteidigungsfähig zu machen. Aber was damals galt ist heute auch noch richtig. Nur auf dem Wege der Verhandlungen kann Frieden geschaffen werden, das gilt auch für die Ukraine. Solange der ukrainische Präsident bei seinem Kriegsziel bleibt, jeden Zentimeter seines besetzten Landes zurückzuholen, wird es keinen Frieden geben. Krieg darf kein Mittel der Politik sein.

Alfred Harnischfeger, Groß-Gerau

Diskussion: frblog.de/nato-ruestung